

lichen Grundsätzen überprüft. Hierbei will er unter Hinweis auf die allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen ein naturrechtlich begründetes Selbstbestimmungsrecht von Bevölkerungsgruppen gegenüber allen Mitgliedern der Völkerrechtsgemeinschaft anerkennen. Er muß dabei allerdings zugestehen, daß derzeit noch keine Möglichkeit zur Durchsetzung eines solchen Rechts besteht.

Ein Anhang mit den wichtigsten Urkunden zur Rechtslage der Oder-Neiße-Gebiete sowie einzelnen Äußerungen von kommunistischer und amerikanischer Seite vervollständigt den Text der Untersuchung.

Die gesamte Arbeit ist in 23 Thesen zusammengefaßt, die den wesentlichen Inhalt der einzelnen Abschnitte der Untersuchung wiedergeben.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß diese Arbeit in ihrer gestrafften und doch so überaus eingehend und sorgfältig ausgearbeiteten Darstellung für jeden, der sich über die Rechtslage der fremdbesetzten Gebiete im Osten Deutschlands orientieren will, ein wichtiges Hilfsmittel ist. Darüber hinaus bietet die Arbeit durch ihre Zusammenstellung wesentlicher Grundzüge des modernen Völkerrechts nach herkömmlicher Völkerrechtslehre aber auch eine interessante Möglichkeit zum Verständnis des allgemeinen Völkerrechts durch Darstellung der Bedeutung dieses Rechts im Leben der Völker an Hand eines gerade für die politische Gegenwart so bedeutsamen Grundproblems wie der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands, die nicht nur den sowjetisch, sondern ebenso auch den polnisch besetzten Teil des Deutschen Reiches betrifft.

Bonn

Hans Werner Bracht

Johannes Nichtweiß †, Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches. Ein Beitrag zur Geschichte der preußisch-deutschen Politik von 1890 bis 1914. (Schriftenreihe des Instituts für allgemeine Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin, Bd 4.) Rütten & Loening, Berlin(-Ost) 1959. 292 S., 2 Faks., 1 Kte.

Mit den ausländischen Saison- und Wanderarbeitern in Deutschland, den „Sachsen-“ (K. Kaerger) oder „Preußengängern“ (F. Stutzke) haben sich in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg mehrere Wirtschaftshistoriker beschäftigt (neben den beiden genannten sind noch M. v. Stojentin, A. Mytkowicz, J. v. Trczinski, P. Grund, A. Knoke und Stefan Schmidt zu erwähnen). Nach dem Zweiten Weltkrieg ist dieses Thema von polnischer Seite aufgegriffen worden (Bogusław Drewniak, Adam Galos); allerdings blieben die Forschungen bisher — auch die jüngsten von Andrzej Brożek — regional auf bestimmte Provinzen (Pommern, Schlesien) beschränkt.

Wohl berücksichtigt J. Nichtweiß, dieser so tragisch ums Leben gekommene Ost-Berliner Historiker († 1958), die Ergebnisse dieser Arbeiten, doch kann er sich in seiner nachgelassenen Habilitationsschrift in der Hauptsache auf bisher unerschlossene Quellen in mittel- und ostdeutschen Archiven — vor allem Merseburg und Potsdam — stützen (mehrere Dokumente sind im Anhang abgedruckt). Geographisch werden „die östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches“ erfaßt; zeitlich setzt er mit 1890 an, weil in diesem Jahr

(faktisch erst 1891) Caprivi die Ostgrenze für die ausländischen Landarbeiter — wenn auch nur für bestimmte Monate — wieder öffnen ließ (sie war von Bismarck 1885, im Jahr der Polenausweisungen, geschlossen worden). Ausführlich befaßt sich Nichtweiß mit dem Arbeitermangel in der deutschen Landwirtschaft, mit den Mißständen bei der Anwerbung und Vermittlung sowie mit der teilweise recht schlechten Behandlung der Wanderarbeiter. Gerade zum letzten Punkt führt er zahlreiche, in den Merseburger Akten gefundene Härtefälle auf (S. 224—228). Mehrfach wird betont, wie sehr die ostdeutschen Großgrundbesitzer auf die polnischen Wanderarbeiter aus Russisch-Polen und Galizien angewiesen waren (der manchmal gebrauchte Ausdruck „ausländisch-polnische Arbeiter“ ist eine schlechte Wortschöpfung). Unzweideutig steht der Vf. trotz aller Bemühungen um Objektivität auf der Seite der letzteren. Das von ihm gezeichnete Bild wird auch deshalb etwas einseitig, da die Rückwirkungen der Wanderarbeit auf die überbevölkerten Herkunftsländer, sowohl in materieller wie in kultureller Hinsicht, nicht dargestellt werden. Lobenswert ist zu vermerken, daß Nichtweiß nicht bloß die Stellungnahmen von deutscher Seite (besonders der Regierung und des Großgrundbesitzes) behandelt, sondern auch dem Echo bei den Regierungen der „Abwanderungsländer“ zur Frage der „Deutschlandgängerei“ (wieder ein wenig schönes Wort) nachgeht, ebenso wie er sich auch der Stellung der deutschen Sozialdemokratie und der katholischen Kirche widmet. Freilich besaß nach seiner Meinung „allein die deutsche Sozialdemokratie in der Ausländerfrage eine richtige Orientierung . . . , die den Interessen sowohl der einheimischen als auch der ausländischen Arbeiter entsprach“ (S. 175), doch kann er nicht umhin, auch der katholischen Kirche ein Eintreten für die Besserung der sozialen Verhältnisse unter den Wanderarbeitern zuzusprechen (S. 175—186). Bemerkenswert ist die Vermittlerrolle des Breslauer Kardinals Kopp, der sich für sie in Denkschriften an die preußische Regierung einsetzte (S. 180—186).

Die in Veröffentlichungen aus der sowjetischen Besatzungszone üblichen polemischen Bemerkungen gegen die Bundesrepublik und ihre Historiker halten sich in dieser Arbeit im Vergleich zu anderen noch im Rahmen (S. 11, 219, 245). Auch die von mitteldeutschen Geschichtsforschern mehrfach gezogene Parallele zwischen der Politik des Deutschen Reiches in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg und derjenigen der Hitler-Diktatur (S. 245) kann man übersehen und somit dieses Buch als eine brauchbare Studie zu dem immer wieder aktuellen Problem der ausländischen Arbeiter in Deutschland ansehen.

Mainz

Helmut Neubach

Leszek Kosiński, Procesy ludnościowe na ziemiach odzyskanych w latach 1945—1960. [Bevölkerungsvorgänge in den „wiedergewonnenen Gebieten“ in den Jahren 1945—1960.] (PAN, Inst. Geogr., Prace geograficzne, Nr. 40.) Państw. Wyd. Nauk., Warszawa [Warschau] 1963. 128 S., Ktn, Kartogr., Tab.

Die vorliegende Habilitationsschrift des Warschauer Geographen Leszek Kosiński darf als erster größerer Versuch der polnischen Geographie gewertet werden, einen Gesamtüberblick über die bevölkerungsgeographischen Wandlungen auf dem Boden der von Polen verwalteten Gebiete seit 1945 zu geben.